

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE, Postfach 23, 8416 Flaach

Vorstand: U. Schliür (Präs.), Flaach ZH; E. Bonjour, Noville VD, A. Glarner, Oberwil-Lieli AG; J. Grünenfelder, Wangs SG; D. Hierholzer, Zürich; NR J. Hutter, Altstätten SG; G. Lüchinger, Bern; NR F. Müri, Emmenbrücke LU; NR Y. Perrin, La Côte-aux-Fées NE; M. Schenker, Hornburg TG; C. Schmid, Niederried BE; A. Strelbel, Winterthur ZH.

*Zur Volksabstimmung vom 1. Juni 2008*

## Ja zur Einbürgerungsinitiative – auch unserer Sicherheit zuliebe!

**Schon wieder läuft die versammelte Classe politique Sturm – diesmal wegen einer Initiative, die eigentlich alle Schweizerinnen und Schweizer, die es gut mit dem Land meinen, nur gutheissen können.**

Worum geht es? Ganz einfach – die Stimmberechtigten sollen in Zukunft selbst festlegen können, welches Organ ihrer Gemeinde das Gemeindebürgerrecht erteilt – und dessen Entscheid soll dann endgültig sein.

Man staunt, dass überhaupt jemand gegen diese Verfassungsänderung sein kann. Demokratischer geht's ja wohl nicht mehr – aber den Gegnern geht es um etwas ganz anderes: Der Entscheid einer Gemeindeversammlung oder einer Einbürgerungskommission soll auch in Zukunft **angefochten** werden können – und zwar durch alle Instanzen hindurch – also genau so, wie es das Bundesgericht in seinen beiden unsäglichen Entscheiden vom Juli 2003 verfügt hat.

### **Volksferne Richter**

Und so urteilen nun ferne Richter, wer in unseren Gemeinden eingebürgert werden soll – und wer nicht. Dieser Entscheid war bislang der Gemeindeversammlung oder

allenfalls einer Kommission vorbehalten. Und wenn die Stimmberechtigten mit den Entscheiden der Kommission nicht einverstanden waren, so konnten sie die Mitglieder der Kommission bei den nächsten Wahlen austauschen oder die Kommission gar abschaffen und den Entscheid wieder an sich ziehen. Dass die Gemeindeversammlung entscheiden kann, wer eingebürgert wird, ist logisch. Denn hier hat man ein feines Sensorium – man kennt die Leute, die sich einbürgern lassen wollen – und wenn man sie für zuwenig integriert hält oder das Gefühl hat, es seien nun gar etwas viele einer gewissen Volksgruppe eingebürgert, so sagt man halt «nein» – schliesslich will man ja wissen und selbst entscheiden, mit wem man unter anderen Vorzeichen in Zukunft zusammenleben darf oder muss.



*Andreas Glarner, Grossrat und Gemeindeammann, Vizepräsident sifa, Oberwil-Lieli AG*

Das persönliche Kennen der Kandidaten ist wichtig – besonders dann, wenn die vorab kontrollierende Behörde nicht genau hingeschaut hat. Nicht genau hingeschaut (oder wohl treffender formuliert: weggeschaut) wird – besonders seit Funktionäre einbürgern – leider oft. Zu oft, wie viele gut dokumentierte Fälle belegen.

So können nicht einmal mehr das Erschleichen von IV-Leistungen, Todesopfer fordernde Raserunfälle, hohe Betreibungen,

das Nichtbezahlen von Steuerrechnungen, Landesverweise und sogar kriminelle Taten Einbürgerungen verhindern.

### Tragische Folgen

Damit wurde Tatsache, dass Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Kriminellen eingebürgert wurden – mit tragischen Folgen:

- Einmal eingebürgerte Kriminelle können nicht mehr ausgeschafft werden.
- Nach heute geltendem Recht können kriminelle Eingebürgerte nicht mehr ausgebürgert werden.
- Kriminelle Neuschweizer verfälschen die Kriminalstatistik, indem der Anteil der straffälligen Schweizer steigt.
- Die Einbürgerung von straffälligen Ausländern setzt ein völlig falsches Zeichen: Kriminelles Verhalten wird damit regelrecht «belohnt»...

Seit 1991 hat sich die Zahl der Einbürgerungen fast verachtfacht – wir haben seither fast eine halbe Million Ausländer zu Schweizern gemacht. Dem Bundesrat gefällt dies natürlich, denn so kann der weiter massiv steigende Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung per Statistik nach unten korrigiert werden. Wären in der Zeit von 1991 bis heute die Einbürgerungen auf dem Stand von

## Ja zur Initiative «Für demokratische Einbürgerungen»

Die sifa hat alle ihre Mitglieder zu einer schriftlichen Abstimmung über die sifa-Parole zur Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» eingeladen.

Das Resultat ist überaus klar ausgefallen:

Für die JA-Parole stimmten 314 Mitglieder  
Für die NEIN-Parole stimmten 0 Mitglieder

Die Parole der sifa für die Volksastimmung vom 1. Juni lautet somit:

**JA zur SVP-Initiative «Für demokratische Einbürgerungen»**

Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen»

## Der Wortlaut

«Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt.

Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig.»

1991 geblieben, so hätten wir heute rund 350'000 Ausländer mehr – das ergäbe einen Ausländeranteil von rund 27 Prozent!

Es ist also höchste Zeit, dass wir verbleibenden Schweizerinnen und Schweizer das Heft wieder selbst in die Hand nehmen und den Entscheid des Bundesgerichtes an der Urne korrigieren – mit einem kräftigen «JA» zur Einbürgerungsinitiative – für unsere Sicherheit, für unser Heimatland!

*Andreas Glarner*



**sifa**  
SICHERHEIT FÜR ALLE  
Aktion gegen Kriminalität

2/2008

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE  
Postfach 23, 8416 Flaach  
Telefon 052 301 31 00  
Fax 052 301 31 03  
www.sifa-schweiz.ch  
info@sifa-schweiz.ch  
PC-Konto 87-370818-2

# Militär-untaugliche junge Neuschweizer

Von Dr. Ulrich Schlüer, Präsident sifa

**Es geht das Gerücht, dass es um die Militärdienst-Tauglichkeit frisch eingebürgerter «Neu-Schweizer» äusserst schlecht bestellt sei.**

Gerüchte soll man nicht wuchern lassen. Einwandfreie, gesicherte Information soll verhindern, dass Gerüchte die öffentliche Meinung verseuchen.

## Keine Antwort vom VBS

Deshalb wurde das, was zur Tauglichkeit frisch Eingebürgerter gerüchteweise herumgeboten wird, Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage. Fragesteller war im Nationalrat Toni Brunner.

Die Antwort war freilich enttäuschend: Es würden vom VBS keinerlei Erhebungen angestellt, die eben erst eingebürgerte Neu-Schweizer von den übrigen Schweizern unterscheiden liessen. Es bestünde kein Anlass, zur Tauglichkeitsrate von Neu-Bürgern gesonderte Erhebungen anzustellen, sagte das VBS. Womit die Gerüchte natürlich nicht beseitigt, viel eher angeheizt wurden.

## Nachforschungen

Wer hartnäckig nachfragte – insbesondere bei einzelnen Rekrutierungszentren –, erfuhr etwas mehr: In Tat und Wahrheit hat das VBS durchaus Erhebungen über die Tauglichkeit frisch eingebürgerter Neu-Schweizer angestellt. Die Ergebnisse – die längst vermutet und gerüchteweise auch herumgeboten werden – sollen verheerend ausgefallen sein. Deshalb wurden sie bis heute nicht veröffentlicht.

Unsere eigenen Nachforschungen ergaben, dass die Tauglichkeitsrate von «Neu-Schweizern» bei etwa 35 bis 40 Prozent liegen dürfte – nur gut halb so gross wie bei Stellungspflichtigen, die als angestammte Schweizer bezeichnet werden können.

## Alarmierender Tatbestand

Noch alarmierender als die erschreckend tiefe Tauglichkeitsrate sind die Gründe für die – offenbar laufend zunehmende – Massen-Untauglichkeit von frisch eingebürgerten Neu-Schweizern. Statistisch nachweisbar ist, dass die Zahl der «aus psychiatrischen Gründen» für den Militärdienst Untauglichen besonders markant ansteigt – obwohl die Zahl der Psychiatrie-Patienten in der Schweiz nicht ansteigt. Tatsache ist, dass es in der Schweiz eine zunehmende Zahl von Stellungspflichtigen gibt, die von ihrer körperlichen Konstitution her sehr wohl Militärdienst

leisten könnten, die selber auch unbedingt für die Armee rekrutiert werden möchten. Sie werden indessen nicht eingeteilt, weil die Aushebungs-Offiziere sie als «mit Risiken behaftet» einstufen. So dass es zu gefährlich sei, diesen jungen Leuten eine Waffe in die Hand zu geben. Man traue ihnen verantwortungsbewussten Umgang mit der persönlichen Waffe schlicht nicht zu. Deshalb würden sie mit dem Vermerk «aus psychiatrischen Gründen» als untauglich erklärt.

Eine Nachfrage bestätigt: Zu dieser Kategorie der aus psychiatrischen Gründen Militärdienst-Untauglichen gehören besonders viele frisch eingebürgerte Neu-Schweizer. Das heisst im Klartext: In der Schweiz wird – besonders seit das Bundesgericht ohne Verfassungsgrundlage die gerichtliche Anfechtung abschlägiger Einbürgerungsentscheide ermöglicht hat – zunehmend oberflächlich, ja fahrlässig eingebürgert. Es werden in nicht unbeträchtlicher Zahl junge Ausländer zu Schweizer Bürgern gemacht, denen als Rekruten eine Waffe anzuvertrauen andere Menschen gefährden könnte...

## Schuld

Wohlgemerkt: Die Aushebungs-Offiziere (denen bis zum «Fall Hönggerberg» aus «Datenschutz»-Gründen nicht einmal Einsicht gestattet wurde in allfällig vorhandene Kriminalakten von Stellungspflichtigen) handeln, wenn sie der Schiesswut Verdächtige vor sich haben, absolut richtig und verantwortungsbewusst, wenn sie bezüglich Waffenabgabe Vorsicht walten lassen. Die Aushebungsoffiziere sind nicht schuld, dass in der Schweiz Leute eingebürgert werden, die aus militärischer Sicht als «Sicherheitsrisiken» einzustufen sind. Wäre es auch nützlich, wenn das VBS die Fakten zu dieser Erscheinung endlich offen auf den Tisch legen würde, so liegt die Schuld an der eingetretenen, verheerenden Entwicklung eindeutig bei den Einbürgerungs-Funktionären, die seit dem verhängnisvollen Bundesgerichtsentscheid von 2003 die Schleusen für Masseneinbürgerungen weit geöffnet haben.

Für die Bürger wird dabei nur allzu klar: Wer an sorgfältig getroffenen Einbürgerungsentscheiden interessiert ist, wer pauschale, offensichtlich sicherheitsgefährdende Masseneinbürgerung ablehnt, muss am **1. Juni 2008** ohne Wenn und Aber **Ja stimmen zur Initiative «Für demokratische Einbürgerungen»**.

Einladung zum sicherheitspolitischen  
Stammtisch

**Oberstlt i Gst Mike Schneider**

## Logistik XXI – Ein Projekt zu Lasten der Truppe

Mittwoch, 21. Mai 2008, 19.30 Uhr  
Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich

Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion  
mit Ihnen zu aktuellen Problemen der  
Sicherheitspolitik.

Gäste sind herzlich willkommen. Eine  
Anmeldung ist nicht nötig.

Bitte leiten Sie die Einladung weiter an Bekannte  
und Freunde. Vielen Dank!

Weitere Sicherheitspolitische sifa-Stammtische:

**Mittwoch, 3. Sept. 2008, Luzern,  
Mittwoch, 12. Nov. 2008, Region Bern**

sifa

## Ihre Spende

erlaubt uns, das vor Ihnen liegende sifa-  
Bulletin 2/08 mit seinen brisanten  
Informationen zu Masseneinbürgerung und  
Kriminalität über den Kreis der sifa-Mitglieder  
hinaus breit zu streuen.

Benutzen Sie bitte den diesem Bulletin  
beiliegenden Einzahlungsschein und den Talon  
zur Nennung von Adressen zusätzlicher  
Empfänger.

Herzlichen Dank zum Voraus.

sifa – Sicherheit für alle  
Der Vorstand

## Voranzeige

### sifa-Generalversammlung 2008

Die sifa-Generalversammlung findet dieses Jahr statt am

**Donnerstag, 18. September 2008 in Frauenfeld**

Bitte reservieren Sie sich schon heute dieses Datum. Genauere  
Angaben zu dieser Veranstaltung werden Ihnen rechtzeitig  
bekannt gegeben.

## Rayonverbote für 1. Mai-Gewalttäter

Auch am 1. Mai 2008 kam es in Zürich wieder zu schweren Gewaltausschreitungen. Ein Schwerverletzter, mehrere Leichtverletzte, über dreihundert vorübergehende Festnahmen (davon 79 Minderjährige), brennende Autos und enorme Sachbeschädigungen sind die traurige Bilanz. Bereits am Vormittag liefen gewaltbereite Mitglieder des «schwarzen Blocks» am offiziellen 1. Mai-Umzug mit. Dies wurde seitens SP und Gewerkschaften toleriert. Bei Fussballspielen werden gewaltbereite Personen bereits mit so genannten Rayonverboten belegt. Warum dies die Polizei am jährlich stattfindenden «offiziellen Gewalttag» bei offensichtlich gewaltbereiten, bereits im Vorfeld verummten Personen nicht tut, ist nicht nachvollziehbar. Es ist die gesetzliche Pflicht der Polizei, eine erkennbar gewaltbereite Ansammlung von verummten Personen sofort aufzulösen und die Gewalt im Keim zu ersticken. Entsprechende Gesetze für grossflächige Verhaftungsaktionen sind vorhanden und werden beispielsweise gegen randalierende Fussballfans regelmässig angewendet. Am 1. Mai fehlt der linken Zürcher Polizeivorsteherin offensichtlich der Wille zum wirksamen Eingreifen. Seit Jahrzehnten wird der 1. Mai für Saubannerzüge missbraucht. Unter diesen Umständen hilft nur die Abschaffung des «Feiertags» 1. Mai. Eine entsprechende Parlamentarische Initiative zur Abschaffung des Ruhetags am 1. Mai ist zur Zeit im Zürcher Kantonsrat in Beratung.

rW

  
**sifa**

SICHERHEIT FÜR ALLE

Aktion gegen Kriminalität

2/2008

Das sifa-Bulletin wird vom sifa-Vorstand  
herausgegeben und erscheint 4mal jährlich.

Redaktion: Reinhard Wegelin  
Produktion: Jasmin Grossniklaus

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE  
Postfach 23, 8416 Flaach  
Tel.: 052 301 31 00, Fax: 052 301 31 03  
www.sifa-schweiz.ch, info@sifa-schweiz.ch  
PC-Konto 87-370818-2